Sachverhalt – 17.04.2019

Ehemann M und Ehefrau F leben in Köln im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft. F ist Alleineigentümerin eines in Köln gelegenen Hausgrundstücks im Wert von EUR 90.000. Daneben verfügt sie über einige persönliche Habe, Kleidung und ein Sparbuch über EUR 10.000. Ein Dokumentationsfilm zur Finanzkrise im Jahre 2008 erinnerte sie an das damalige Nachgeben der Immobilienmärkte und dem damit verbundenen Wertverlusten von Immobilien. Um Wertverlusten in möglichen zukünftigen Krisen vorzugreifen, beschließt sie, sich von ihrem Hausgrundstück zu trennen. Per notariellem Vertrag vom 19.3.2019 veräußert sie es an den guten Bekannten B.

Weil F sich nicht ganz von dem Grundstück trennen möchte und B ohnehin keine Zeit hat, sich um dasselbe zu kümmern, räumt B der F in demselben Vertrag ein dingliches Wohnungsrecht an einer Untergeschosswohnung auf dem Grundstück ein. Das Wohnungsrecht wird mit EUR 20.000 taxiert. Der B wird als Eigentümer des Grundstücks in das Grundbuch eingetragen.

M ist empört. Er ist der Ansicht, die Eigentumsübertragung könne unmöglich wirksam sein und fordert B daher auf, einer Grundbuchberichtigung zuzustimmen. B lehnt das ab.

Um der F hierfür eins „auszuwischen“, veräußert M kurz vor Weihnachten heimlich den gemeinsam genutzten Fernseher, den M während der Ehe angeschafft hatte, an den Bekannten D. Der in Köln-Kalk wohnhafte D nimmt den Fernseher direkt mit. Einige Tage später wird der Fernseher bei D, der sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet, gepfändet.

Als F hiervon erfährt ist sie außer sich, da sie nun nicht mehr die an Weihnachten üblicherweise im Fernsehen laufenden Lorient-Sketches und Filme genießen kann.

1. Kann M wegen der Eigentumsübertragung mit Erfolg gerichtlich gegen B vorgehen?

2. Kann F wegen der Pfändung des Fernsehers gerichtlich vorgehen?